

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Postfach-Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa

Nr. 281.

Donnerstag, 3. Dezember 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der postl. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck- und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Raupenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt Riesa.

Freitag, den 4. Dezbr. 1896, Nachm. 2 Uhr

Sollen im Gärtnereigrundstücke in Weida ca. 300 Stk. Alpenveilchen gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Riesa, 3. Dezbr. 1896.

Der Ger.-Vollz. des Rgl. Amtsger. Sct. Eibau.

Im Hotel zum „Kronprinz“ hier sollen

Mittwoch, den 9. Dezember 1896, Vorm. 9 Uhr,

Vom Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die erste Lesung des Etats fort. Abg. v. Kardorff (Reichsp.) spendete gleichfalls dem heidenhaften Betragen der Rannschaffen des „Nils“ Anerkennung. Er begriffe den gütigen Kern der Sozialdemokratie darüber, daß ein solcher Geist in der Armee und in der Marine herrsche; denn so lange dieser edle Geist herrsche, werde es nicht gelingen, den sozialdemokratischen Fanatismus an seine Stelle zu setzen, so lange werde der „große Kladderadatsch“ nicht eintreten. Bei den Marineforderungen habe man hier vor einer Weltmachtpolitik gewarnt. Das erinnere ihn lebhaft an die Zeit, wo man Preußen den Gedanken an die Großmachtpolitik austreiben wollte. So wenig, wie das damals gelungen sei, ebensowenig werde es jetzt gelingen. Man werde sich allerdings bei der Marine gefallen lassen müssen, daß etwas abgehandelt werde. Der Redner führte im weiteren Verlauf seiner Rede aus, daß das Reich jährlich um 800 bis 1000 Millionen durch die Handelsbilanz ärmer geworden sei, und wünschte, daß die auswärtige Politik wie die Wirtschaftspolitik zu der Politik des Fürsten Bismarck zurückkehren möge.

Staatsminister Frhr. v. Marschall legte dar, daß die Unterbilanz, das heißt der Ueberschuß unserer Einfuhr über unsere Ausfuhr, im Jahre 1889 848 Millionen, 1890 833 Millionen, 1891 975 Millionen betragen habe. Das sei in den Jahren gewesen, wo noch keine Handelsverträge bestanden hätten. Dann komme das in jeder Beziehung außerordentliche Jahr 1892. Da sei die Unterbilanz auf 1 Milliarde 64 Millionen gestiegen, um 1893 wieder auf 896 Millionen zu fallen. Sie sei 1894 auf 976 Millionen gestiegen und 1895 auf 800 Millionen gefallen. Man werde zugeben, daß sich die Behauptung, daß unsere Handelsbilanz sich seit dem Bestehen der Handelsverträge verschlechtert habe, aus den amtlichen Zahlen nicht beweisen lasse. Den Wunsch, daß die Landwirtschaftlichen Preise wieder auf eine Höhe kommen möchten, bei der die Landwirtschaft bestehen könne, theilte die Regierung von ganzem Herzen; er, Redner, möchte glauben, daß wir der Erfüllung dieses Wunsches ziemlich näher gekommen seien. Die ganz außerordentliche Waixe der Getreidepreise beruhe auf dem außergewöhnlichen Umstand, daß wir drei Jahre lang auf der ganzen Welt außerordentlich günstige Ernten gehabt hätten.

Abg. Fürst Radziwill (Pole) besprach die Agitation gegen die Polen und bittet den Reichskanzler, eine Sanction dieser Zustände anzubahnen. Abg. Ricker (freil. Ber.) betonte, daß der Abg. v. Kardorff vom Staatsminister v. Marschall ziffernmäßig widerlegt worden sei. Die Handelsverträge zeigten ihre günstigen Wirkungen immer mehr. Was das Vereinsrecht betreffe, so hoffe er, daß man nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich ein gutes Vereinsrecht schaffen müsse. Ueber den Marineetat herrsche insofern Einigkeit, als er allgemein für zu hoch gefunden werde. Man werde in der Kommission diese Forderungen genau zu prüfen haben, um so mehr, als man nicht wisse, wohin das die Regierung wolle. Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärte, daß ein Bundesratsbeschuß bezüglich der Branntweinsteuer, von dem gestern die Rede gewesen sei, nicht bestehe. Eine mißverständliche Verfügung der sächsischen Behörden werde rückgängig gemacht werden. Staatsminister v. Boetticher führte in Anknüpfung an eine Aeußerung des Abg. Ricker aus, er wisse, in einem Zeitungsartikel sei gesagt worden, daß er die Vorlage über die Handwerkerorganisation zu hintertreiben sich bemüht hätte. Wer ihn, Redner, kenne, werde wissen, daß er einer solchen Loyalität unfähig sei. Er sei aber auch mit der Beratung der Vorlage im Ausschuß des Bundesrats gar nicht befaßt gewesen. Die

Regierung werde sich durch häßliche Bemerkungen des Organs des Bundes der Landwirtschaft nicht abhalten lassen, auf dem Wege der Förderung der Landwirtschaft fortzuschreiten. Staatssekretär Hollmann wies auf die Bemerkung des Abg. Ricker hin, es sei zu befürchten, daß der Staatssekretär seine Verantwortlichkeit vergesse und sich gewissermaßen von dem Marinekabinett vergewaltigen lasse, und erwiderte darauf, daß Herr Ricker unbefonnen sein könne, davon könne keine Rede sein. Wenn er, Redner, einst gesagt habe, daß er den Allerhöchsten Intentionen folge, so beziehe sich das darauf, daß das Marinekabinett in dem Verkehr mit ihm niemals über Angelegenheiten spreche und sprechen könne, die den Reichstag oder den Etat betreffen. Diese Intentionen hätten also mit dem Reichstag nichts zu thun. Abg. Lieber (Ctr.) wies den Vorwurf des Abg. v. Kardorff zurück, daß das Centrum mit Rücksicht auf seine Wähler oft anders stimme, als es eigentlich stimmen müßte. Auch seine Partei habe bei der Erklärung des Reichskanzlers bezüglich des Vereinsrechts an eine Regelung der Materie im Reich gebacht, sie sei aber bereit, eine solche auch in Preußen vorzunehmen. Mit einer falschen Weltpolitik könne sich auch seine Partei nicht befassen. Auch seine Freunde erkannten den Geldmuth der Rannschaffen des „Nils“ an, wünschten aber nicht, daß Aeußerungen gebraucht würden, wie die verzerrte des Staatssekretärs Hollmann, durch die das religiöse Gefühl weiter Volkstheile verletzt werden könne. Abg. Waller (südd. Volksp.) ist dafür, daß der Reichstag in den Bewilligungen ein langsames Tempo eintreten lassen müsse.

Abg. Zimmermann (dtsch. Rep.) bemerkte, auch seine Partei könne Bedenken gegen die hohen Forderungen für die Marine nicht ganz unterdrücken, schon deshalb nicht, weil die Regierung sich gegen gerechte Forderungen von Landwirtschaft und Handwerk absehend verhalte. Staatssekretär Graf von Posadowsky stellte fest, daß zur erleichterten Verwendung von Spiritus zu gewerblichen Zwecken gewisse Summen verfügbar seien. Staatsminister v. Boetticher erklärte auf Anregung des Abg. Zimmermann, die Erndtungen, wie einem etwaigen Petroleummonopol zu begegnen wäre, seien zu einem gewissen Abschluß gekommen. Die Handwerkervorlage sei in den Ausschüssen des Bundesrats gefallen, weil die Mehrheit gegen die Zwangsbindungen gewesen sei. Dieser Theil der Vorlage werde also umgearbeitet werden. Der Bundesrat werde jedenfalls noch vor Weihnachten sich darüber schlüssig zu machen in der Lage sein. Redner wiederholt, daß er mit der Sache im Bundesrat nichts zu thun gehabt habe. Abg. Graf von Limburg-Sturum (lon.) meinte, jeder Konserwatve könne, ohne seine Königskrone zu gefährden, dem Bunde der Landwirtschaft angehören. Auf dem Grundgedanken des Antrags Rannig ständen seine Freunde noch heute, aber sie verzichteten einwillen auf den Antrag, nachdem er zweimal gescheitert sei.

## Deutliches und Sächsisches.

Riesa, 3. Dezember 1896.

— In der am Dienstag abgehaltenen öffentlichen Stadtverordnetenversammlung waren anwesend 14 Mitglieder des Kollegiums und zwar die Herren Barth, Barthel, Berg, Braune, Donat, Förster, Frisze, Grummisch, Dr. Wende, Richter, Schöke, Starke, Thalheim und Thost; entschuldigt waren ausgedieben die Herren Feldner, Rische und Pletschmann. Der Sitzung wohnten bei Herr Bürgermeister Voeters und als Rathbedeputirter Herr Stadtrath Schwarzenberg. Nach der Tagesordnung gelangten unter Leitung des Vorsitzenden des Kollegiums, Herrnendant Thost, die

nachfolgenden Gegenstände zur Beratung und resp. Beschlußfassung:

1. Die Liste der bei der bevorstehenden Stadtverordneten-Ergänzungswahl stimmberechtigten und wählbaren Bürger wird vom Herrn Vorsitzenden zur Einsichtnahme auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Stadtr. Richter befragt die unterlassene Aufforderung verschiedener Einwohner der Stadt mit besserem Einkommen zur Ableistung des Bürgergeldes. Unter Namhaftmachung eines solchen Einwohners findet Redner in Unterlassung einer Aufforderung hierzu eine Zurücksetzung der Betroffenen, der Ehrgefühl derselben lasse es nicht zu, von selbst zu kommen und zur Eintragung in die Bürgerliste bezw. Ableistung des Bürgergeldes sich zu melden. Auf solche Unterlassungen habe er übrigens schon im vorigen Jahre hingewiesen. Stadtrath Schwarzenberg bemerkte darauf, daß in diesem Jahre ca. 60 Personen aufgefordert seien, Bürger der Stadt Riesa zu werden, darunter auch jedenfalls der vom Vorredner bezeichnete Herr. Das democh einige vergessen sein könnten, sei immerhin möglich; in diesem Falle wäre es doch besser, die Betroffenen melden sich selbst. Hiermit war dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

2. Ein in früherer Sitzung vom Kollegium durchberathener Entwurf eines Nachtrags zu den Gemeindeanlagen-Regulativ für die Stadt Riesa hat die Genehmigung der Königl. Kreis-hauptmannschaft bezüglich der Bestimmungen über Heranziehung des Einkommens aus auswärtigem Handels- und Gewerbebetriebe nicht gefunden. Der Stadtrath hat hierauf in einem neuen Entwurfe die betreffenden Bestimmungen einer geringen Abänderung unterzogen, denen Kollegium nach einem Meinungsaustausche zwischen den Herren Stadtr. Braune und Stadtrath Schwarzenberg einstimmig zustimmt.

3. Der Kirchenvorstand wendet sich in einem längeren Vertrage an das Kollegium um Bewilligung von Mitteln zur Anstellung eines Hilfsgeistlichen für die Parochie. Nach längerer Debatte, an der sich Stadtr. Grummisch, Starke, Dr. Wende, Richter, Thalheim und Thost betheiligten, wird der von letzterem unterstützte Antrag des Stadtr. Richter auf Vertagung dieses Gegenstandes der Tagesordnung bis nach erfolgter Entscheidung des Rathes einstimmig gegen die Stimme Dr. Wende's angenommen. — Die Tagesordnung hatte hiermit ihr Ende erreicht.

Herr Bürgermeister Voeters ergriff aber noch das Wort zu kurzer inhaltsreicher Rede. Er habe, führte der Herr Redner aus, Gelegenheit genommen, der ersten Sitzung des Kollegiums, die nach seinem Amtsantritte abgehalten, beizuwohnen und mit den einzelnen Mitgliedern desselben in nähere Berührung zu treten. Wenn er jetzt das Wort nehme, so habe er nicht die Absicht, ein Programm zu entwickeln, wohl aber habe er sich ein Motto gestellt, nach welchem er mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft arbeiten und schaffen wolle und dieses Motto wolle er dem Kollegium bekannt geben. Es laute:

Im Wesentlichen Einheit,  
Im Zweifelhafsten Freiheit,  
Im Allem aber gegenseitiges Vertrauen!

„Mit diesem Leitstern“, so schloß der Herr Redner, „möchte ich mit Ihnen Allen arbeiten.“ — Die kurzen Worte des Herrn Bürgermeisters machten auf die sämtlichen Mitglieder des Kollegiums sichtlich einen tiefen Eindruck.

Stadtr. Dr. Wende erhob sich hierauf und begrüßte wünschenswerth Namens des Kollegiums mit herzlichsten Worten den langjährigen, treuerdienenden, hochgeschätzten Vorsitzenden des Kollegiums, Herrnendant Thost, anlässlich dessen Staatsdiener-Jubiläum (worüber bereits in der Wochenschrift Nr. 2. Bl. berichtet worden ist) und ersuchte die Herren Mitglieder,